



Medienmitteilung

BDP begrüsst den Wechsel zum Beitragsprimat und lehnt eine Verknüpfung der Pensionskassengesetzgebung mit der Lohndiskussion ab.

Die BDP des Kantons Bern begrüsst den vom Regierungsrat im Pensionskassengesetz vorgelegten Wechsel zu Beitragsprimat. Mit der Vorlage wird eine langjährige Forderung der BDP nun umgesetzt. Hingegen erachtet es die BDP als politisch heikel und der Sache nicht dienlich, dass der Regierungsrat die Änderung der Pensionskassengesetzgebung mit der Lohndiskussion verknüpfen will.

Die BDP wird die Vorschläge des Regierungsrates zur Sanierung der beiden Kassen prüfen. Es bedarf einer gut ausgewogenen Lösung, die sowohl für die Versicherten wie auch für die Steuerzahlenden tragbar ist. Die BDP ist sich der äusserst delikaten Situation bewusst und wird die Interessen der Versicherten und der Steuerzahlenden sensibel beurteilen und einander gegenüberstellen. Für klare Aussagen, wie genau die Sanierungskosten verteilt werden können, ist es momentan noch zu früh.

Hingegen erachtet es die BDP als nicht opportun, die Sanierung der Pensionskassen mit der allgemeinen Lohnfrage zu verknüpfen, wie dies der Regierungsrat vorschlägt. Die BDP hat diesbezüglich bereits in der Vernehmlassung klar Stellung bezogen und ist enttäuscht, dass der Regierungsrat die beiden unterschiedlichen Fragen nicht klar abgrenzt und vermischt. Eine solche Zwängerei gefährdet politisch die ganze Vorlage. Dies will die BDP nicht riskieren und plädiert für eine klare Trennung der Pensionskassengesetzgebung und der Lohndiskussion.

Auskünfte: Heinz Siegenthaler, Präsident BDP Kanton Bern, 079 813 24 34
Dieter Widmer, Fraktionschef BDP Kanton Bern 079 300 50 57

Bern, 7. Februar 2013